

AKTUELL



FOTO: KATRIN M. PIXABAY

Auf Brachflächen können Biotope entstehen, die bedrohten Insekten und Vögeln als rettende Insel zwischen Monokulturen dienen.

UKRAINE-KRIEG UND LEBENSMITTELVERSORGUNG

Getreide statt Insekten

Joël Adami

Die russische Invasion der Ukraine hat nicht nur Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise, sondern auch auf die Agrarpolitik. Luxemburg lässt nächstes Jahr die Nutzung ökologischer Brachflächen für den Anbau zu.

2023 müssen die europäischen Umweltauflagen zu Brachflächen und zur Fruchtfolge nicht eingehalten werden. Darauf einigten sich die EU-Agrarminister*innen Ende Juli, und am 5. August kündigte die luxemburgische Regierung an, diese Entscheidung auch hierzulande umzusetzen. Die Flächen können also bewirtschaftet werden, sofern Kulturen, die für die menschliche Ernährung gedacht sind, darauf angebaut werden. Außerdem müssen Blühstreifen zwischen den Erntekulturen angelegt werden. Die Brachflächen sind normalerweise vorgeschrieben, um die Biodiversität zu fördern, aber auch um die Bodenqualität zu verbessern.

Ein „Akt der Solidarität“ sei die Entscheidung, ließ Landwirtschaftsminister Claude Haagen (LSAP) per Pressemitteilung verkünden. Die gleiche Wortwahl hatte er bereits im April gegenüber der woxx benutzt (siehe woxx 1680). Opfern Luxemburg und die anderen EU-Mitgliedsstaaten also ihre Biodiversität, um den Rest der Weltbevölkerung vor dem Verhungern zu schützen? Das mag die Botschaft sein, die Haagen verbreiten will, doch die Wirkung dieses Entschlusses ist für die weltweite Lebensmittelversorgung höchstens symbolisch.

Eine Studie der grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung vom März kam zum Schluss, dass eine Aufgabe der Stillungsflächen in der EU kaum Einfluss auf den weltweiten Weizenpreis haben werde. Ohne ökologische Stillungsflächen in der Union würde die weltweite Weizenproduktion ledig-

lich um 0,7 Prozent gesteigert. Auch beim Mais beträgt die Steigerung nur 0,3 Prozent. Die Böll-Stiftung gab an, dass diese groben Schätzungen von maximalen Mengen ausgingen und die Zahlen in der Realität vermutlich noch geringer seien. So schränken beispielsweise die obligatorischen Blühstreifen den möglichen Ertrag weiter ein.

Torpedierung des Artenschutzes

Die Interessensvertretung der Landwirt*innen, die Centrale paysanne, begrüßte den Entschluss der Regierung, betonte aber auch, dass es sich eher um ein Zeichen der Solidarität mit der Weltgemeinschaft handele: „Der effektive Beitrag, den die Luxemburger Landwirtschaft zur globalen Lebensmittelproduktion leisten kann, ist durch die Landesfläche begrenzt.“, schreibt sie in einer Pressemitteilung. Wichtig sei, dass der administrative Aufwand für die Landwirt*innen klein bleibe. Außerdem soll die Lage der Blühstreifen im Rahmen der sogenannten „Eco-Schemes“ angerechnet werden. Um die Details der Umsetzung zu klären, sollte sich der Landwirtschaftsminister mit den Akteur*innen des Sektors an einen Tisch setzen, so die Centrale paysanne.

Umweltschützer*innen kritisieren die Auffassung der Brachflächen als ineffektiv und sehen darin eine Torpedierung des Artenschutzes. Die Deutsche Umwelthilfe fordert, stattdessen den Anbau von Pflanzen zur Produktion von Agrosprit nicht länger zu bezuschussen. Dies werde den Getreideanbau auf den betreffenden Anbauflächen fördern. Außerdem könnte man auch mit einer Reduktion des Viehbestandes die Ernährungssicherheit erhöhen, wenn statt Futtermitteln Grundnahrungsmittel angebaut würden.

SHORT NEWS

Zum Tode von Rainer Falk

(rg) - Am 6. August verstarb im Alter von 70 Jahren der in Deutschland geborene Soziologe Rainer Falk. Seit 1999 hatte er aus familiären Gründen seinen Wohnsitz in Luxemburg. Von hier aus koordinierte er den entwicklungspolitisch orientierten „Informationsbrief Wirtschaft und Entwicklung“, den er 1989 mitgegründet hatte. Hierzulande war er nicht zuletzt als Autor einer vom Cercle des ONGD in Auftrag gegebenen Studie zum Finanzplatz Luxemburg bekannt. Kernfrage war, ob die Steueroase Luxemburg an der Dritten Welt nicht wohl ein Mehrfaches dessen verdiene, was an vermeintlich so großzügiger Entwicklungshilfe gewährt wird. Die damalige Polemik um die Studie gipfelte in der Aufforderung seitens des Premiers Jean-Claude Juncker, man dürfe nicht zulassen, „datt dëse kollektiven nationalen Effort dekréidibliséiert gëtt duerch Etüden, primitiv a primär Etüden, déi ausgerechent vun de Lëtzebuerger Entwécklungs-ONGen initiéiert gi sinn“. Der Cercle zog die Studie am Ende zurück, was allerdings nicht verhinderte, dass die Debatte weiterging. Rückblickend lässt sich feststellen, dass vieles was in der Studie gefordert wurde mittlerweile umgesetzt worden ist. Rainer Falk war seiner Zeit einmal mehr voraus. Für die entwicklungspolitische Szene ist der Beitrag, den Rainer Falk geleistet hat, immens. Keine internationale Konferenz seit den 1980er-Jahren, die er nicht vorab einordnete, ihren Verlauf analysierte und deren Folgen kritisch beleuchtete – allzu oft mit der nüchternen Feststellung verbunden, dass Chancen verspielt wurden und der „globale Süden“ einmal mehr im Stich gelassen worden sei. Gerade jetzt, wo die Karten international auf dramatische und oft wenig reflektierte Weise neu gemischt werden, werden seine Analysen, aber auch sein umfangreiches Wissen fehlen.

Drei Jahre Foodsharing Luxembourg

(ja) - Die Initiative Foodsharing Luxembourg feiert ihren dritten Geburtstag. Seit August 2019 hat die Gruppe laut eigenen Angaben 356 Tonnen Lebensmittel vor der Mülltonne gerettet. Insgesamt 558 Freiwillige sammeln Nahrungsmittel, die ihr Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben, aber noch genießbar sind. Möglich wurde das durch die Kooperation mit verschiedensten Geschäften. An Standorten, die quer durch das Land verteilt sind, können die gesammelten Lebensmittel in öffentlich zugänglichen Kühlschränken abgeholt werden. An anderen Standorten werden mehrmals die Woche größere Mengen direkt an Abnehmer*innen verteilt. Jedes Jahr werden hierzulande 70.800 Tonnen Nahrungsmittel weggeworfen. Der Großteil davon stammt aus Privathaushalten: Rund 88,5 Kilo warf ein Haushalt im Jahr 2019 durchschnittlich weg (siehe auch woxx 1599). Wie sich diese Zahl in den letzten Jahren verändert hat, wird sich zeigen, wenn im Herbst die Zahlen der aktuellen Restmüllanalyse veröffentlicht werden. Wer selbst abgelaufene Lebensmittel verbrauchen will, findet Informationen dazu unter foodsharing.lu

Mali: Luxemburg bleibt!

(lm) - Auch wenn alle anderen das sinkende Schiff verlassen, Luxemburg bleibt. Das könnte man jedenfalls aus dem Communiqué des zuständigen Ministeriums vom 12. August zum Engagement der Armee in Mali herauslesen, in dem es heißt, das Mandat für die Teilnahme an der UN-Stabilisierungsmission Minusma gelte bis März 2024. Das Armeeministerium reagierte wohl auf die Entscheidung Deutschlands vom gleichen Tag, seine Teilnahme an der Minusma „auszusetzen“. Der deutsche Schritt wiederum folgt auf den im Februar eingeleiteten Rückzug der französischen Streitkräfte, deren Anwesenheit als Garantie für die Sicherheit der UN-Truppen angesehen wurde. Der luxemburgische Beitrag ist allerdings nicht mit dem deutschen (über 1.000 Soldat*innen) vergleichbar. Gerade einmal zwei Armeemitglieder warten die von Luxemburg gestellten Satellitenverbindungen. Hinzu kommen allerdings 21 Soldat*innen im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM. Diese sollen laut Armeeministerium bis Ende dieses Jahres bleiben; dabei hat die EU diese Mission eigentlich schon im April ausgesetzt. Das Communiqué geht weder auf die Frage der Sinnhaftigkeit der westlichen Einsätze (siehe woxx.eu/zinnsoldat) noch auf die verfahrenere politische Situation in Mali (woxx 1686) ein.